

Regierungsratsbeschluss

vom 20. Januar 2026

Nr. 2026/97

KR.Nr. SGB 0231/2025 **PB19**

Legislaturplan 2025 – 2029 und Vollzugskontrolle zum Legislaturplan 2021 – 2025 Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag der Fraktion GRÜNE vom 5. Dezember 2025 (FD06)

1. Auftragstext

B.3.9.1 (neu) Gleichstellung, Gleichberechtigung und Chancengleichheit

Antrag GRÜNE:

Der Kanton Solothurn verpflichtet sich, die Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter sowie die Chancengleichheit für alle Menschen systematisch zu fördern und in kantonalen Strategien, Programmen und Projekten zu verankern.

2. Begründung

Noch immer bestehen diverse Ungleichheiten, sei es bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Elternteile, beim Lohn, aufgrund stereotyper Rollenbilder, durch ungleiche Chancen beim Zugang zum Bildungs- und Arbeitsmarkt, durch ungleiche Repräsentanz der Geschlechter in Politik und Führungspositionen und in vielen weiteren Bereichen.

Bestehende Ungleichheiten müssen erkannt und mit spezifischen Massnahmen abgebaut werden. Gleichstellung und Chancengleichheit sind eine Querschnittsaufgabe; nur mit einer ständigen und systematischen Überprüfung und permanentem Handeln werden Ungleichheiten beseitigt. Dazu soll jedes Departement in seinen Bereichen einen Beitrag leisten. Zudem sollen neue Strategien und Regulierungen stets auf ihre Auswirkungen auf Gleichstellung und Chancengleichheit geprüft werden.

Dank Gleichstellung und Chancengleichheit wird der soziale Zusammenhalt und die soziale Teilnahme verbessert, die Attraktivität unseres Kantons als fairer Lebens- und Arbeitsraum erhöht und strukturelle Diskriminierungen nachhaltig reduziert.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

Mit der Kommission zur Förderung der Chancengleichheit besteht seit über dreissig Jahre ein nicht weisungsgebundenes, departementsübergreifendes (Fach)Gremium, das sich kontinuierlich und engagiert für die Gleichstellung und Chancengleichheit einsetzt.

Durch die langjährige Arbeit der Kommission, in der jedes Departement, die Gerichte, die Polizei Kanton Solothurn, die Solothurner Spitäler AG soH und der Verband der Solothurner Einwohnergemeinden VSEG vertreten und eingebunden ist und welche direkt vom Vorsteher des Finanzdepartements präsiert wird, wurde über die Jahre ein starkes Bewusstsein für Gleichstellung und Chancengleichheit auf allen Ebenen und in allen Bereichen des Kantons verankert. Kurz: Unsere Gleichstellungspolitik wird seit über dreissig Jahren als Querschnittsaufgabe verstanden und wahrgenommen.

Die Fortschritte werden jeweils mit dem Gleichstellungscontrolling überprüft und die Kommission gibt in ihrem Tätigkeitsbericht umfassend Auskunft über verfolgten Zielen und durchgeführten Aktion (z.B. RRB Nr. 2025/1294 Kommission zur Förderung der Chancengleichheit; Tätigkeitsbericht vom Juli 2021 bis Juli 2025).

Als Fazit kann festgehalten werden, dass der Kanton Solothurn auf vielen Ebenen aktiv ist, um die Lebensqualität von Frauen und der Menschen insgesamt und die Chancengleichheit zu verbessern und eine Gesellschaft zu schaffen, in der alle Menschen gleichgestellt sind. Diese Bestrebungen werden wir weiterverfolgen.

4. Antrag des Regierungsrates

Nichterheblicherklärung.



Yves Derendinger
Staatsschreiber

Vorberatende Kommission

Finanzkommission

Verteiler

Finanzdepartement
Personalamt
Parlamentsdienste (elektronische Publikation an KR)